

5. Sitzung Arbeitsgruppe Infrastrukturen für die Energiewende vom 17. Oktober 2023

In der Sitzung der Arbeitsgruppe Infrastrukturen für die Energiewende am 17. Oktober 2023 wurden die verschiedenen Facetten von Beteiligungsprozessen und Akzeptanz diskutiert.

Inhaltlich wurde die Sitzung von Bürgermeister Tobias Awerbeck (Gemeinde Bakum), Philipp Metz (Erdwärme Dich eG i.G.), Prof. Dr. Ulrich Scheele (ARSU GmbH), Henrik Unrath (energiekonsens) und von Jörg Wilke (Northern Institute of Thinking).

Zunächst berichtete Philipp Metz von der Erdwärme Dich eG i.G. von dem Vorhaben eingemischtes Bremer Altbau-Bestandsquartier künftig mit kalter Nahwärme zu versorgen.

Ausgehend von der Humboldtstraße in Bremen und einer kleinen Zahl interessierter Nachbarinnen und Nachbarn, habe die Idee schnell weitere Anhänger dazugewinnen können. Mittlerweile seien die Planungen für ein erstes Wärmecluster rund um die Friedensgemeinde in Bremen (mit dem Kirchenkomplex als Großverbraucher) – auch dank einer durch den Bremer energiekonsens geförderten Vorstudie – weit fortgeschritten.

Grundsätzlich plane die Genossenschaft die Verantwortung für die Sonden-Bohrung und den Bau des Wärmenetzes im öffentlichen Straßenraum und die Aufgaben des Wärmeversorgers zu übernehmen.

Um den Zugang zur Wärmeversorgung möglichst sozialverträglich zu gestalten, seien verschiedene Preismodelle vorgesehen. Für finanzschwache Haushalte solle ein Mietmodell für Hausanschluss und Wärmepumpe, allerdings mit langfristiger Vertragsbindung, angeboten werden, während für andere Haushalte mit eigener Wärmepumpe eine Gebühr nach Heizlast erhoben werde. Eine Gewinnerzielung solle in der Genossenschaftssatzung ausgeschlossen werden und stattdessen die Verpflichtung zum Gemeinwohl aufgenommen werden. Die durch die Amortisierung der Infrastruktur freiwerdenden Gelder würden dann an die Mitglieder in Form von reduzierten Gebühren zurückfließen.

Zudem solle die Genossenschaft nicht nur den Eigentümerinnen und Eigentümern für Informationen offenstehen, denn die Wärmewende benötige viele Mitwirkende und die Basis dafür seien Wissen und Partizipation.

Zusammenfassend seien die technischen Voraussetzungen grundsätzlich geklärt und es gelte nun mit einer Machbarkeitsstudie die Kosten zu ermitteln sowie vertragliche Regelungen auszuarbeiten. Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt sei, dass Bürgerenergiegenossenschaften den Charakter von Nachbarschaften veränderten, hin zu einem demokratischen und selbstwirksamen Miteinander.

Generell falle ein derartiges Vorhaben in Stadtteilen mit gewachsenen Nachbarschaften in denen es bereits engagierte und vernetzte Akteurinnen und Akteure gebe, leichter, weil dort bereits eine Vertrauensbasis vorhanden sei. Das Pilotvorhaben in der Humboldtstraße solle zeigen, dass sich der zeitliche und finanzielle Aufwand lohne und damit einen Anreiz für eine Übertragung auf andere Stadtteile geben. Auch die Stadt Bremen sei an den Ergebnissen sehr interessiert, so dass versucht werde, eine

Anschubfinanzierung zu bekommen. Derartige Piloten seien alleine deshalb nötig, da die swb in Bremen eine Verdoppelung der Fernwärmenetze plane, um rund 30% der Haushalte entsprechend zu versorgen, die perspektivische Wärmeversorgung der verbleibenden rund 70% der Haushalte seien derzeit noch völlig ungeklärt.

Die Frage nach einer finanziellen Beteiligung von Kommunen an den vorgeschalteten Machbarkeitsstudien sowie an der Organisation von Beteiligungsformaten und der Unterstützung für die Gründung von Wärmegenossenschaften wurde in der AG kontrovers diskutiert, aber mehrheitlich ausdrücklich gefordert. In jedem Fall bedürfe es einer Anschubfinanzierung, da sonst segregierte Stadtteile diese finanzielle und organisatorische Belastung nicht stemmen könnten. Darüber hinaus käme langfristig auch das Ehrenamt aus den Pilotquartieren – auch angesichts des umfangreichen Ergebnistransfers – an seine Kapazitätsgrenzen. Deshalb plane die Erdwärme Dich e.G. die Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers.

Im Anschluss an diesen Bottom-Up-Ansatz berichtete Bürgermeister Tobias Awerbeck über den Top-Down Prozess in der Gemeinde Bakum. Dort habe die Politik die Initiative ergriffen und ihn als Bürgermeister mit der Prüfung des Tiefengeothermischen Potenzials für die Wärmeversorgung beauftragt, da es in der Gemeinde durch die Erdölförderung umfangreiche Kenntnis der geologischen Bedingungen gebe. Eine Vorstudie habe das hohe Potential zur Nutzung einer vorhandenen Bohrung bestätigt. Ein weiterer Vorteil sei, dass seit 15 Jahren bereits Wärmenetze in der Gemeinde bestünden, die sich aus Biogasanlagen speisten und damit bewiesen, dass die Technologie funktioniere. Zudem gebe es bereits die bestehende Energiegenossenschaft Bakum e.G., die aus der Bürgerbeteiligung an einem Windpark hervorgegangen sei und sich gemäß der Satzung in sämtlichen Bereichen der Erneuerbaren Energien engagieren könne. Er habe daraufhin diese bisherigen Stakeholder an einen Tisch geholt, da er mit dieser eingespielten Konstellation und in der geübten vertrauensvollen Zusammenarbeit auch die weiteren nötigen Transformationsprozesse angehen wolle. Es habe sich sehr bewährt bereits im Vorfeld von Planungsprozessen im Rahmen von Bürgerversammlungen aktiv auf die Menschen zuzugehen. So sei es gelungen auch die „Gegner“ der Energiewende durch stete Gespräche in den Prozess einzubinden. Die Kommune übernehme in dieser Phase des Prozesses überwiegend den kommunikativen Part, plane jedoch perspektivisch als Mehrheitseigner der Wärmenetze, auch zu Zwecken der Mitbestimmung, strategisch zu agieren. Ziel sei eine kostengünstige Energieversorgung für Alle. Er betonte, dass für die Fernwärmenetze keine Konzessionen geplant seien, denn durch diese stiegen nur sowohl der administrative Aufwand als auch die Netzentgelte, aber der finanzielle Effekt für die Kommune sei verschwindend gering. Die Kommune werde auch mit einer Machbarkeitsstudie in Vorleistung gehen, sofern es nicht gelinge zeitnah Fördermittel zu akquirieren. Die Machbarkeitsstudie umfasse auch eine wirtschaftliche Betrachtung, denn Wärmenetze für das gesamte Gemeindegebiet und somit auch für dünner besiedelte Bereiche, seien eine Herausforderung. Zusammenfassend werde die Wärmewende in Bakum lösungsorientiert und pragmatisch angegangen. Jede Lösung sei eine gute Lösung, auch wenn dabei vielleicht der ein oder andere Fehler passiere, sei es immer noch besser als abzuwarten und das Zepter aus der Hand zu geben. Dieser durch die Kommune initiierte Ansatz wurde von den Teilnehmenden begrüßt, da

bisweilen der Eindruck entstanden sei, dass die kommunale Wärmeplanung bisher in erster Linie darin bestünde, die Energieversorger nach ihren Daten und Planungen zu fragen. Außerdem würde bei den Überlegungen bisher zu sehr auf die anfänglich hohen Investitionskosten geschaut, die sich allerdings aufgrund der niedrigen Betriebskosten relativ schnell amortisierten.

Die Inputgeber einigen sich zusammenfassend darauf, dass es elementare Voraussetzungen für Akzeptanz gebe, die zu berücksichtigen seien:

- Information und aktive Beteiligung
- Klare Beschlüsse der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger mit Zielvorgaben (man möchte wissen, wo die „Reise“ hingeht – auch wenn die Reise ggf. holperig wird)
- (Planungs-)Sicherheit
- Bezahlbarkeit und Kostentransparenz
- Selbstwirksamkeit und als Bonus
- finanzielle Beteiligung an den Einnahmen aus Erneuerbaren Energien (was erfahrungsgemäß nicht die Hauptmotivation zu sein scheint).

Folgende Fragen konnten in der Sitzung nicht mehr besprochen werden und sollen daher in der nächsten Sitzung aufgegriffen werden:

- Wo und in welcher Form werden die im Rahmen der diversen Machbarkeitsstudien erarbeiteten Informationen und Standards zusammengeführt, so dass nicht jedes Mal von vorne angefangen werden muss?
- Wie können finanzielle und organisatorische Beteiligungsmodelle der Kommunen aussehen?